

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts
für das Jahr 1955

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 1 ArbGG, zuzüglich aller sonstigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Fragen des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitskampfes oder der Vereinigungsfreiheit betreffen,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Ziffer 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Ziffer 5 ArbGG,
- 5.) die Entscheidungen über die Revisionsbeschwerde nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, soweit sie mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 u. 3 in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in denen die Revision die Verletzung einer verfassungsrechtlichen Norm rügt,
- 8.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Fragen des Betriebsverfassungsgesetzes betreffen,
- 9.) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht dem Zweiten Senat besonders zugewiesen sind,
- 10.) die Stellungnahme zu den Vorlagen der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte an das Bundesverfassungsgericht gemäß den Art. 100 und 126 des Grundgesetzes und der §§ 80, 84, 86 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht.

II. Dem Zweiten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 2 ArbGG, soweit sie nicht nach I Ziff. 1, 7 und 8 dem Ersten Senat zugewiesen sind,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, soweit sie mit den Rechtsstreitigkeiten nach II 1 in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang

stehen,

- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG.

III. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- 2.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- 3.) Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an das Bundesarbeitsgericht gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.

Kassel, den 13. Oktober 1954

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez. Nipperdey

(Prof. Dr. Nipperdey)

gez. Dr. Müller

(Dr. Müller)

gez. Denecke

(Denecke)

Anderung des Geschäftsverteilungsplanes des Geschäftsjahres 1955 mit Wirkung vom 15. September 1955

Der Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts für das Jahr 1955 wird mit Wirkung vom 15. September 1955 im Hinblick auf die Überlastung des Zweiten Senats gemäß §§ 44 Absatz 2 ArbGG, 63 Absatz 2 GVG wie folgt geändert:

1. In I Ziffer 1 wird das Wort: "Tarifvertragsgesetzes" ersetzt durch die Worte: "allgemeinen Tarifrechts".
2. In I Ziffer 8 wird das Wort: "Betriebsverfassungsgesetzes" ersetzt durch das Wort: "Betriebsverfassungsrechts".
3. I erhält folgende neue Ziffer 11:
die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Fragen des Urlaubsrechts, des Rechts der Feiertage und der Feiertagsentlohnung, des Mutterschutzgesetzes und des Ruhegelds in der privaten Wirtschaft.
4. II Ziffer 1 wird dahin geändert, daß es in der 2. Zeile statt: "I Ziffer 1, 7 und 8" künftig heißt: "I Ziffer 1, 7, 8 und 11".
5. Die vorstehenden Änderungen des Geschäftsverteilungsplanes gelten für die Rechtssachen, in denen nach dem Stand vom 14. September 1955 vom Vorsitzenden des Senats noch kein Berichterstatter bestellt worden ist.

Kassel, den 6. September 1955

gez. Nipperdey

gez. Dr. Müller

gez. Denecke

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts
für das Jahr 1955

vom 13. Oktober 1954 in der am 15. September 1955
in Kraft getretenen Fassung vom 6. September 1955

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 1 ArbGG, zuzüglich aller sonstigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Fragen des allgemeinen Tarifrechts, des Arbeitskampfes oder der Vereinigungsfreiheit betreffen,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Ziffer 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Ziffer 5 ArbGG,
- 5.) die Entscheidungen über die Revisionsbeschwerde nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, soweit sie mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 u. 3 in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in denen die Revision die Verletzung einer verfassungsrechtlichen Norm rügt,
- 8.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Fragen des Betriebsverfassungsrechts betreffen,
- 9.) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht dem Zweiten Senat besonders zugewiesen sind,
- 10.) die Stellungnahme zu den Vorlagen der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte an das Bundesverfassungsgericht gemäß den Art. 100 und 126 des Grundgesetzes und der §§ 80, 84, 86 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht,

- 11.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Fragen des Urlaubsrechts, des Rechts der Feiertage und der Feiertagsentlohnung, des Mutterschutzgesetzes und des Ruhegelds in der privaten Wirtschaft.

II. Dem Zweiten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 2 ArbGG, soweit sie nicht nach I Ziffer 1, 7, 8 und 11 dem Ersten Senat zugewiesen sind,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, soweit sie mit den Rechtsstreitigkeiten nach II 1 in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen,
- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG.

III. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- 2.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

3.) Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an das Bundesarbeitsgericht gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.

Kassel, den 13. Oktober 1954/ 6. September 1955

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez. Nipperdey

gez. Dr. Müller

gez. Denecke